

Was bewegte die Deutschen in 2019?

Der sentibar Jahresrückblick in **Umfrageergebnissen**



Januar 2019



74%

der Deutschen fühlen sich selbst für den Schutz ihrer persönlichen Daten im Internet verantwortlich.

Quelle: Bitkom Research


Das Jahr 2019 beginnt mit einem Datenskandal: Es wird bekannt, dass bereits im Dezember 2018 Daten und Dokumente deutscher Politiker gehackt wurden. Der Fall löst ein allgemeines Nachdenken über Datensicherheit aus. Wer muss im Netz für Sicherheit sorgen?

In einer Umfrage von Bitkom Research im Januar sagen 74 Prozent der Befragten, dass sie sich selbst für den Schutz ihrer persönlichen Daten verantwortlich fühlen. 22 Prozent sehen den Staat in der Verantwortung. Ein Hacker-Angriff ist die größte Sorge der Deutschen bezüglich Cybersecurity (47 Prozent), dicht gefolgt von der Angst vor Identitätsdiebstahl (41 Prozent) und Phishing (37 Prozent), so das Ergebnis einer Umfrage von YouGov.

Aller Sorgen zum Trotz nutzen 44 Prozent der Deutschen schon einmal ein Passwort für mehrere Accounts. Eine Bitkom Research-Umfrage im Herbst zeigt: Die große Mehrheit von 72 Prozent der Deutschen geht davon aus, dass persönliche Daten im Internet nicht sicher sind. Nicht ganz zu Unrecht: Wie eine Umfrage des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik im Herbst 2019 ergibt, war bereits jeder Vierte hierzulande schon einmal Opfer von Kriminalität im Internet: zum Beispiel in Form von Betrug beim Online-shopping (36 Prozent), Phishing (28 Prozent) oder Angriffen von Viren und Trojanern (26 Prozent). Doch viele wissen sich zu helfen: 61 Prozent schützen sich mit einem aktuellen Antivirenprogramm, 58 Prozent verwenden sichere Passwörter und 52 Prozent sorgen für eine aktuelle Firewall.



Februar 2019



61%

der Deutschen sind für eine Grundrente für langjährige Beitragszahler.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Ein Dauerbrenner-Thema für die Deutschen in 2019: die Grundrente für langjährige Beitragszahler. Im Februar 2019 – Arbeitsminister Hubertus Heil hat gerade seine Ideen dazu vorgestellt – wird nun heftig diskutiert, sowohl in der großen Koalition als auch in der Bevölkerung.

61 Prozent der Deutschen befürworten laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zu diesem Zeitpunkt eine Grundrente für langjährig Rentenversicherte. 34 Prozent sind dagegen, der Rest ist unentschlossen. Das Konzept sieht eine Rentenaufstockung für all diejenigen vor, die mindestens 35 Jahre lang gearbeitet haben, aber nur gering entlohnt wurden. Im Mai wird ein Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Stimmung dazu im Land laut ARD-Deutschlandtrend im Sommer 2019: 82 Prozent befürworten inzwischen die Einführung der Grundrente. Ob mit oder ohne Bedürftigkeitsprüfung, darüber gehen die Meinungen bei den Befürwortern einer Grundrente auseinander: 47 Prozent finden eine Bedürftigkeitsprüfung gut, 50 Prozent sind dagegen.

Die Grundrente für langjährige Beitragszahler mit unterdurchschnittlichen Einkommen könnte rund 1,5 Millionen Menschen erreichen. In einer Emnid-Umfrage Anfang November gibt mehr als jeder vierte Deutsche an, Angst vor Altersarmut zu haben. Ein paar Tage später ist es dann beschlossene Sache: im Januar 2021 wird die Grundrente kommen, mit Einkommens- statt Bedürftigkeitsprüfung. Den tatsächlichen Beschluss begrüßen 39 Prozent der Menschen in Deutschland, ungefähr gleich viele lehnen ihn ab, 22 Prozent zeigen sich unentschlossen, so das Ergebnis eines Stimmungsbildes des Meinungsforschungsinstituts Civey im November 2019.



März 2019



61%

der Deutschen machen
sich Sorgen über den
Klimawandel.

Quelle: IfD Allensbach

Das Thema Klimawandel ist im Jahr 2019 verknüpft mit dem Namen Greta Thunberg. Nach dem Vorbild der jungen schwedischen Klimaaktivistin protestieren Schüler regelmäßig im Rahmen von „Fridays for Future“ für mehr Klimaschutz.

Am 15. März findet ein weltweit organisierter Klimastreik statt. Eine Umfrage von IfD Allensbach im Mai zeigt: 61 Prozent der Deutschen machen sich Sorgen über den Klimawandel. Für jeden Vierten zählt er laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts ipsos zu den momentan besorgniserregendsten Themen. Zwei Jahre zuvor sahen das nur 17 Prozent so. „Unser Haus steht in Flammen“, sagt Greta Thunberg – und hat damit zumindest in der jüngeren Generation ein neues Bewusstsein entflammt. Fast die Hälfte der 18- bis 30-Jährigen stimmt dieser Aussage zu, so das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag von ZEIT CAMPUS.

78 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass jeder Einzelne im Alltag einen Beitrag für mehr Klimaschutz leisten kann. In der Gesamtbevölkerung erhitzt mehr die Diskussion über die Rechtmäßigkeit der freitäglichen Schulstreiks die Gemüter. 31 Prozent antworten in einer Umfrage von ARD Deutschlandtrend, ihre Meinung zum Thema Klimaschutz habe sich kaum verändert.



April 2019

71%

der Deutschen befürworten einen Bluttest zur Früherkennung von Trisomie 21 als Kassenleistung.

Quelle: Emnid

Im Bundestag wird im April 2019 eine Debatte geführt, die fundamentale ethische Grundfragen berührt. Es geht darum, ob Krankenkassen die Kosten für einen Bluttest zur Früherkennung von Trisomie 21, auch Down-Syndrom genannt, übernehmen sollen.

Was denken die Deutschen dazu? Das Meinungsforschungsinstitut Emnid kommt zu dem Ergebnis, dass 71 Prozent dafür sind, dass ein solcher Bluttest eine Kassenleistung ist, 18 Prozent sind dagegen. Eine Umfrage durch YouGov im April meldet ähnliche Zahlen (66 Prozent Befürworter, 19 Prozent Gegner). Männer lehnen dabei häufiger als Frauen ab, dass der Bluttest von Kassen bezahlt werden soll (22 Prozent vs. 17 Prozent).

Im September 2019 beschließt der Gemeinsame Bundesausschuss von Krankenkassen, Kliniken und Ärzten, dass die Kassen den Trisomie-Test in begründeten Einzelfällen und nach ärztlicher Beratung bezahlen sollen.



Mai 2019

┌ **49%**

der Deutschen lehnen es ab,
sich in ein komplett autonom
fahrendes Auto zu setzen.

Quelle: Ernst & Young

In Berlin findet im Mai 2019 die Zukunftskonferenz Autonomes Fahren im öffentlichen Verkehr statt. Wie steht die Bevölkerung zu selbstfahrenden Autos? Eine Umfrage von Ernst & Young macht deutlich, dass das Thema durchaus kein Selbstläufer ist.

Die Grundhaltung ist skeptisch: Rund die Hälfte der Befragten (49 Prozent) würde sich zurzeit nicht in ein komplett autonom fahrendes Auto setzen. Interessanterweise war die Skepsis zwei Jahre zuvor nicht so groß: 2017 sagten noch 76 Prozent in einer Umfrage des TÜV Rheinland, sie würden ein autonom fahrendes Auto nutzen.

Was bremst die Deutschen aus? 30 Prozent geben in der Ernst & Young-Umfrage an, dass sie die größte Hürde bezüglich dieser Mobilitätsform in ungeklärten Rechts- und Haftungsfragen sehen, für 28 Prozent fehlt das Vertrauen in die Fahrgastsicherheit. In automatisierte Flugzeuge würden die Deutschen noch weniger gern steigen: 70 Prozent lehnen das ab, so das Ergebnis einer ebenfalls im Mai 2019 durchgeführten Umfrage von Bitkom Research.



Juni 2019

66%

der Deutschen sehen E-Scooter als gute Ergänzung zu bestehenden Nahverkehrsangeboten in Deutschland.

Quelle: Bitkom Research

Mobilität der Zukunft oder nur Fun-Fortbewegungsmittel? Seit dem 15. Juni 2019 sind E-Scooter offiziell in Deutschland zugelassen und erobern nach und nach unsere Städte. Zu diesem Zeitpunkt sind laut einer Umfrage von Bitkom Research bereits 66 Prozent der Deutschen überzeugt, dass die elektrischen Roller eine gute Ergänzung zu bestehenden Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs darstellen.

Die Hoffnungen, die zum Start in das neue Gefährt gesetzt werden, sind groß: Für jeden zweiten Deutschen stellen sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz dar. 43 Prozent gehen sogar davon aus, dass sie, sobald es denn genug Roller gäbe, auf private Autofahrten in der Stadt verzichten könnten.

Inzwischen sind mehr als 30.000 Roller auf deutschen Straßen unterwegs. Eine Umfrage von Innofact zieht im November 2019 Bilanz für die ersten Monate mit E-Scootern: Jeder Zweite zwischen 18 und 25 Jahren nutzt mindestens einmal pro Woche einen E-Scooter. Im Gesamtdurchschnitt sind es lediglich 18 Prozent. Die Umfrage beantwortet auch die Frage, welches Verkehrsmittel tatsächlich durch die Fahrt mit dem E-Scooter ersetzt wird: in 21 Prozent der Fälle ist es das Auto, 65 Prozent der Rollerfahrer hätten sonst Bus oder Bahn genommen. Interessanter Nebeneffekt: 49 Prozent geben an, sie wären wahrscheinlich einfach zu Fuß gegangen, gäbe es keine E-Scooter ...

Zum Jahresende hat Bitkom Research die Ausgangsumfrage noch einmal wiederholt. Es zeigt sich, dass die Hoffnungen etwas kleiner geworden sind – inzwischen sehen nur noch 49 Prozent in E-Scootern eine Alternative zum öffentlichen Nahverkehr, 8 Prozent weniger Menschen als noch ein paar Monate zuvor glauben an positive Effekte für den Klimaschutz.



Juli 2019

58%

der Deutschen denken, dass ein Brexit negative Konsequenzen für die Briten hat.

Quelle: eupinions

Die EU-Austrittspläne Großbritanniens beschäftigen auch die Deutschen. Im Sommer 2019 wird mit Boris Johnson ein Brexit-Hardliner Premierminister auf der Insel, und das Thema, das seit 2 Jahren Europa in Atem hält, erreicht einen neuen Höhepunkt.

Bereits zu Beginn der Diskussionen 2016 glaubt jeder zweite Deutsche, dass der Brexit erst der Anfang sein wird und die Gefahr besteht, dass auch weitere Länder austreten werden, so das Ergebnis einer Umfrage von YouGov. 41 Prozent sagten damals dennoch, dass sie optimistisch in die Zukunft der EU blicken. Im Jahr 2018 bestätigen 81 Prozent der Bundesbürger in einer Umfrage des Europaparlaments, dass sie die EU-Mitgliedschaft Deutschlands gutheißen. Noch zu Beginn 2019 wünschen sich laut einer Civey-Umfrage fast drei Viertel der Deutschen einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union.

Eine Analyse des eupinions Projekts der Bertelsmann Stiftung zeigt im Februar, dass die Deutschen einen Brexit als extrem nachteilig für UK sehen würden: 58 Prozent befürchten negative Konsequenzen für die Briten. Im April glaubt schon so mancher gar nicht mehr daran, dass die Austrittspläne wahr werden: 29 Prozent der Deutschen können sich zu diesem Zeitpunkt vorstellen, dass es keinen Brexit gibt (YouGov). Einen Monat vor dem zunächst geplanten Austritt Ende Oktober ahnen bereits 59 Prozent der Befragten einer Umfrage des ZDF-Politbarometers, dass es wohl wieder eine längere Verschiebung, über den Stichtag 31.10. hinaus, geben wird. Die EU-Staaten einigen sich dann tatsächlich auf einen neuen flexiblen Aufschub bis Ende Januar („Flextension“) - zwei Drittel der Bundesbürger hätten allerdings, ginge es nach ihnen, inzwischen laut einer Umfrage von Kantar keinen weiteren Aufschub gewährt.



August 2019



82%

der Deutschen sind mit der Wohnungspolitik der Bundesregierung nicht zufrieden.

Quelle: forsa

Bezahlbarer Wohnraum ist ein großes Thema in Deutschland. Das Bündnis „Soziales Wohnen“ legt im August einen Akutplan für soziales und bezahlbares Wohnen in Deutschland vor und fordert, dass bis zum Jahr 2030 der Bestand von Sozialmietwohnungen auf über zwei Millionen Wohnungen stabilisiert wird.

Der Meinungsforscher Civey hat die Menschen in Deutschland gefragt, wie zielführend sie die von der Politik diskutierten Maßnahmen zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum finden. Über die Hälfte der Befragten (54,7 Prozent) kann sich nicht vorstellen, dass der Staat effizienter Wohnungen bauen kann als private Unternehmen.

Auch Enteignung erscheint der Mehrheit (63 Prozent) nicht das Mittel der Wahl zu sein, um Wohnraum zu schaffen. Zum Vorschlag, in dicht besiedelten Gebieten einen Mietendeckel einzuführen, denken 45,7 Prozent, dass dieser vielleicht zu weniger Investitionen in den Wohnungsneubau führen könne. Auch der Zentrale Immobilien Ausschuss ließ eine Befragung zur Wohnraum-Debatte durchführen: Hier sagen 39,5 Prozent, dass der Bau von Sozialwohnungen die richtige Maßnahme sei, um Menschen mit geringen Einkommen auf dem Wohnungsmarkt zu unterstützen.

Zur aktuellen Wohnsituation durch forsa befragt, gibt fast jeder zweite Mieter in Deutschland an, mehr als 30 Prozent seines Haushaltsnettoeinkommens an den Vermieter überweisen zu müssen. Interessanterweise bezeichnen in der gleichen Umfrage 84 Prozent der Mieter ihre Wohnsituation als zufriedenstellend, 79 Prozent sind auch mit der Höhe der Miete einverstanden. Die Wohnungspolitik der Bundesregierung allerdings sorgt für Unmut: 82% der Deutschen sind damit nicht zufrieden.



September 2019

81%

der Deutschen möchten eine eindeutige Kennzeichnung ungesunder Lebensmittel.

Quelle: Kantar Health

Im September kündigt die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, einen Verordnungsentwurf für die Einführung des sogenannten Nutri-Scores als Kennzeichnungssystem für Lebensmittel an.

Grundsätzlich sprechen sich 81 Prozent der Deutschen für eine eindeutige Kennzeichnung ungesunder Lebensmittel aus. So das Ergebnis einer Befragung durch Kantar Health. Welches der verschiedenen Modelle zur Lebensmittelkennzeichnung den Verbrauchern einen Überblick über die Qualität der Nährwerte verschaffen soll, haben die Deutschen in einer Umfrage von Info Score ausgewählt: Im Juli sagen 57 Prozent der Deutschen, dass die Lebensmittelkennzeichnung Nutri-Score hierzulande eingeführt werden soll.

Gesunde Ernährung ist den Deutschen wichtig. Dies bestätigen 91 Prozent in einer Umfrage von forsa. 84 Prozent wünschen sich ganz konkret, dass Fertigprodukten weniger Zucker zugesetzt werden soll. Auch Transfette sollen nach Meinung von 68 Prozent reduziert werden. 38 Prozent fordern einen niedrigeren Salzgehalt in Convenience Food.



Oktober 2019



79%

der Deutschen befürworten eine generelle Impfpflicht.

Quelle: YouGov

Der Deutsche Bundestag debattiert im Oktober 2019 eine Gretchenfrage des Gesundheitswesens: Soll es zur Eindämmung von Masern-Infektionen eine Impfpflicht für Kita- und Schulkinder sowie Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen tätig sind, geben?

Bereits zu Jahresbeginn zeigt eine Umfrage der Krankenkasse Villingen-Schwenningen dafür eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung: 77 Prozent der Deutschen sprechen sich für eine Impfpflicht für bestimmte Personengruppen (Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder) aus. Eine im Oktober veröffentlichte YouGov-Umfrage verzeichnet sogar eine Zustimmungsrate generell zu einer Impfpflicht von 79 Prozent. Besonders unter Eltern mit Kindern unter zehn

Jahren finden sich viele Impfpflicht-Befürworter: hier liegt die Zustimmungquote laut einer Umfrage der Krankenkasse pronova BKK bei 82 Prozent.

Von diesen können immerhin 18 Prozent aber auch die Gründe der Impfgegner nachvollziehen. Vier Prozent der Eltern berichten, dass sie bei ihrem Kind nach einer Impfung Nebenwirkungen beobachtet haben. Im November beschließt der Bundestag das Masernschutzgesetz, die Impfpflicht für bestimmte Personengruppen soll ab 1. März 2020 in Kraft treten.



November 2019



57%

der Deutschen halten 30 Jahre nach dem Mauerfall die deutsche Einheit für gelungen.

Quelle: Kantar Emnid

Zum 30. Mal jährt sich der Fall der Mauer zwischen Ost und West. Etwas mehr als die Hälfte der Deutschen findet laut einer Umfrage von Kantar Emnid, dass die Einheit gelungen und Deutschland zu einem Land zusammengewachsen ist. An welchen Stellen herrscht noch Uneinigkeit?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat nachgefragt: So haben beispielsweise 44 Prozent der Ostdeutschen das Gefühl, dass Westdeutsche arrogant sind oder kein Verständnis haben, was Menschen im Osten zu DDR-Zeiten geleistet haben (72 Prozent). Interessant ist auch das Ergebnis einer ZDF-Umfrage: Jeder fünfte Westdeutsche war noch nie in Ostdeutschland. „Ostdeutsche jammern mehr“ – das denken 34 Prozent der Westdeutschen. 27 Prozent der Ostdeutschen sagen das übrigens auch über sich selbst.

Eine überwiegend positive Bilanz ziehen die Befragten einer Studie im Auftrag der Körber Stiftung. 71 Prozent der Ostdeutschen und 66 Prozent der Westdeutschen sagen hier, dass sich ihre mit der Wiedervereinigung verbundenen Hoffnungen erfüllt haben. Rund ein Viertel aller Deutschen bestätigen in einer Umfrage des ARD Deutschland Trends, dass sie generell zufrieden sind mit der Entwicklung seit der Wiedervereinigung.



Dezember 2019



94%

aller Internetnutzer
ab 16 Jahren kaufen
im Internet ein.

Quelle: Bitkom Research

Online-Shopping ist für die Deutschen inzwischen genau so selbstverständlich wie der Einkauf im Laden vor Ort. Fast alle, die das Internet nutzen, haben dort auch schon einmal eingekauft (94 Prozent der Internetnutzer ab 16 Jahren laut einer Umfrage von Bitkom Research). Die Zahl derer, die zum Online-Shopping ihr Smartphone nutzen, ist ansteigend: Während 2014 erst 20 Prozent über ihr Mobiltelefon eingekauft haben, sind es in 2019 bereits 52 Prozent.

Besonders interessant ist das Kaufverhalten natürlich zur besten Geschenkeshoppingzeit im Dezember. In einer Studie von Deloitte geben 67 Prozent der Befragten an, zumindest einen Teil ihrer Geschenke online kaufen zu wollen – damit liegt online erstmalig vor stationär (65 Prozent, eine Mehrfachnennung war möglich). Das Internet ist auch beliebt, um sich inspirieren zu lassen: 47 Prozent sammeln im Netz auch schon mal vorab Ideen für Weihnachtspräsente. Beim Kauf im Internet spielt für 60 Prozent der Deutschen auch die Nachhaltigkeit der Dienstleistung eine Rolle. Fast jedem Online-Shopper (94 Prozent) ist es wichtig, dass möglichst wenig Verpackungsmüll entsteht und dass die Verpackung umweltfreundlich ist. 90 Prozent denken beim Thema Nachhaltigkeit auch an faire Arbeitsbedingungen für Zusteller. Jeder fünfte Deutsche gibt an, zur Erfüllung dieser Kriterien bereit zu sein, einen höheren Preis zu zahlen.

Neben Nachhaltigkeit beschäftigt auch der Aspekt Sicherheit Käufer und Anbieter: 66 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage der GfK bestätigen, dass Sicherheit bei Online-Geschäften das Wichtigste sei. Das Thema wird besonders aktuell, nachdem die Zahlungsrichtlinie PSD2 seit September eine sogenannte „starke“ oder „Zweifaktor-Authentifizierung“ verlangt. Jeder vierte Deutsche sagt in einer Umfrage durch OmniQuest, dass er befürchtet, dass es durch PSD2 zu Problemen bei der Onlinebestellung kommen könne - zum Beispiel durch fehlgeschlagene Zahlungsvorgänge für bestellte Geschenke.

